

# Die Kanadische Vereinigung der Hochschullehrer lehnt die Antisemitismus-Definition der Israel-Lobby ab

Nora Barrows-Friedman, electronicintifada.net, 01.12.21

**In Kanada hat eine große akademische Vereinigung in einer Auseinandersetzung mit der Israel-Lobby [einstimmig] eine Definition von Antisemitismus abgelehnt, die Kritik an Israel mit antijüdischem Rassismus gleichsetzt.**

Die Kanadische Vereinigung der Hochschullehrer [*Canadian Association of University Teachers*, CAUT], die mehr als 70.000 akademische Lehrkräfte und Mitarbeiter:innen im ganzen Land vertritt, stimmte auf ihrer Jahreskonferenz letzte Woche über einen Antrag ab, der sich gegen die so genannte Antisemitismus-Definition der *International Holocaust Remembrance Alliances (IHRA)* richtet(1).

In ihrem Beschluss erklärt CAUT, dass sie „die akademische Freiheit ihrer Mitglieder unterstützt und die Notwendigkeit anerkennt, die Rechte von Wissenschaftlern zu schützen, alle Staaten, einschließlich des Staates Israel, zu kritisieren, ohne Angst vor politischer Einflussnahme von außen, Kürzungen der Finanzierung, Zensur, Schikanen, Drohungen und Einschüchterung“.

Die IHRA-Definition wurde von Israel und seinen Lobbyisten überall auf der Welt propagiert, um Kritik an israelischen Menschenrechtsverletzungen zum Schweigen zu bringen.

Seitdem die Regierung die Annahme der IHRA-Definition 2019 beschlossen hat, wird sie gegen Akademiker:innen und Aktivist:innen in Kanada eingesetzt.

Israel-Lobbygruppen haben die kanadische Regierung sogar dazu aufgefordert, die IHRA-Definition als politische Waffe einzusetzen, um die Finanzierung internationaler Hilfe zu sabotieren.

Erst vor einigen Wochen hat *B'nai Brith Canada*, eine antipalästinensische Lobbygruppe, die sich seit langem für die formale Gleichsetzung von Kritik an Israel mit antijüdischem Rassismus einsetzt, gefordert, dass die Regierung nur internationale humanitäre Hilfsorganisationen finanzieren sollte, die sich an die IHRA-Definition halten.

In ihrem Beschluss erklärt CAUT, dass sie „die akademische Freiheit ihrer Mitglieder unterstützt und die Notwendigkeit anerkennt, die Rechte von Wissenschaftler:innen zu schützen, alle Staaten, einschließlich des Staates Israel, zu kritisieren, ohne Angst vor politischer Einflussnahme von außen, Kürzungen der Finanzierung, Zensur, Schikanen, Drohungen und Einschüchterung“. Menschenrechtsverteidiger:innen in ganz Kanada begrüßten die Entscheidung.

„Pro-Israel-Gruppen weisen immer wieder auf die IHRA-Definition hin, die von Universitäten dazu eingesetzt werden kann, verschiedene Formen des studentischen Aktivismus zu unterbinden, insbesondere

den Boykott Israels und die israelische Apartheid-Woche“, so Michael Bueckert, Vizepräsident von *Canadians for Justice and Peace in the Middle East*, gegenüber *The Electronic Intifada*.

Letztes Jahr lehnte die *Ontario Confederation of University Faculty Associations*, die landesweit 17.000 Professor:innen und akademische Bibliothekar:innen in mehr als 30 Fakultätsverbänden vertritt, die von der Provinzregierung einseitig beschlossene Verabschiedung der *IHRA*-Definition öffentlich ab und bezeichnete sie als Machtmissbrauch.

„Sie haben auch empfohlen, dass die *IHRA*-Definition auf die akademische Lehre angewendet werden sollte, und sich dafür eingesetzt, dass Professor:innen wegen ihrer Kritik an der israelischen Politik oder am Zionismus entlassen werden“, fügte er hinzu.

CAUTs „grundsätzliche Opposition“ gegen die *IHRA*-Definition, sagte Bueckert, „wird eine ernsthafte Herausforderung darstellen und dazu beitragen, das Recht auf antirassistische, antikoloniale Wissenschaft und Protest auf dem Campus zu schützen“.

### **Eine Reihe an Niederlagen**

Dieser Beschluss ist die letzte in einer Reihe von Niederlagen der Israel-Lobby, die *IHRA*-Definition zur Zensur der Wissenschaft über palästinensische Rechte in Kanada zu nutzen.

Hochrangige kanadische Abgeordnete haben wiederholt ihre Unterstützung für die *IHRA*-Definition ausgedrückt und Premierminister Justin Trudeau hat im vergangenen Jahr sogar Irwin Cotler, einen Israel-Lobbyisten, mit der Leitung des *IHRA*-Umsetzungsprozesses des Landes betraut(2), doch Wissenschaftler:innen, akademische Einrichtungen und Menschenrechtsgruppen haben sich entschieden dagegen ausgesprochen.

Letztes Jahr lehnte die *Ontario Confederation of University Faculty Associations*, die landesweit 17.000 Professoren und akademische Bibliothekare in mehr als 30 Fakultätsverbänden vertritt, die von der Provinzregierung einseitig beschlossene Verabschiedung der *IHRA*-Definition öffentlich ab und bezeichnete sie als Machtmissbrauch(3). Auch die Gewerkschaften der Universitätsbeschäftigten sprachen sich gegen die *IHRA*-Definition aus(4).

Ein von *Independent Jewish Voices Canada* verfasstes Schreiben, in dem die *IHRA*-Definition abgelehnt wird(5), wurde von mehr als 650 Akademiker:innen unterzeichnet, und fast 200 jüdische Gelehrte sprachen sich ebenfalls gegen die Definition aus(6).

Auch die kanadischen Städte Montreal, Calgary und Vancouver, haben Anträge zur Unterstützung der *IHRA*-Definition abgelehnt.

Der von CAUT angenommene Antrag „ist eine entscheidende Maßnahme zum Schutz der akademischen Freiheit und der kritischen Wissenschaft in Kanada“, erklärte Corey Balsam, nationaler Koordinator von *Independent Jewish Voices Canada*.

„Diese Definition wurde in beschämender Weise als Waffe gegen Palästinenser:innen und andere *People of Color* eingesetzt, anstatt den tatsächlichen Antisemitismus zu bekämpfen“, so Balsam weiter.

## Die Universität Toronto hebt die Zensur auf

Während der CAUT-Konferenz hob der Verband auch formell seinen Misstrauensantrag gegen die Universität von Toronto auf, die im April ein Stellenangebot für die Menschenrechtswissenschaftlerin Valentina Azarova zurückgezogen hatte. Azarovas Anstellung war widerrufen worden, nachdem ein Spender der Hochschule, mit engen Verbindungen zur Pro-Israel-Lobby, ihre Arbeit beanstandet hatte.

Nach dem Votum, das von kanadischen Akademiker:innen und Menschenrechtsaktivist:innen weitgehend unterstützt wurde, nahm die Universität Toronto Azarovas Stellenangebot im September wieder auf. Azarova lehnte das Angebot ab und begründete dies damit, dass „ich angesichts der Ereignisse des letzten Jahres erkannt habe, dass meine Leitung des Programms weiterhin den Angriffen derjenigen ausgesetzt sein würde, die juristische Analysen des israelisch-palästinensischen Kontextes gewöhnlich mit einer feindseligen Voreingenommenheit vermischen“.

Obwohl Azarova die Position ablehnte, sagen die Fakultätsmitglieder, die das Votum organisiert hatten, dass die Wiederherstellung dieser Position „eine zentrale Forderung des Votums war und für die Tragweite dieser Bewegung spricht“.

*Nora Barrows-Friedman ist Mitarbeiterin und Redakteurin bei The Electronic Intifada und Autorin von „In Our Power: US-Studenten organisieren sich für Gerechtigkeit in Palästina“ (Just World Books, 2014).*

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/nora-barrows-friedman/major-canadian-academic-group-rejects-israel-lobbys-anti-semitism>

1. <https://electronicintifada.net/tags/ihra-definition-anti-semitism>
2. <https://electronicintifada.net/blogs/nora-barrows-friedman/justin-trudeau-taps-top-israel-lobbyist-police-speech-canada>
3. <https://ocufa.on.ca/press-releases/ocufa-opposes-ontario-government-circumventing-democracy-and-public-debate-on-bill-168/>
4. <https://www.noihra.ca/academic-campaign>
5. <https://www.ijvcanada.org/open-letter-from-canadian-academics-opposing-the-ihra-definition-of-antisemitism/>
6. <https://jewishfaculty.ca/jewish-faculty-against-the-ihra-defn/>
- 7.

(Innerhalb des Artikels gibt es zusätzliche Links)

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

# Amerikanische Abgeordnete unterstützen jetzt doch BDS

Amjad Iraqi, 17.12.21

**Am Dienstag forderten 18 Kongressabgeordnete der Demokraten das Finanz- und Außenministerium in einem Schreiben die US-Regierung auf, Sanktionen gegen die israelische Überwachungstechnologiefirma *NSO Group* und drei weitere Cyber-Unternehmen zu verhängen, um sie für ihre Rolle bei der Unterstützung von Menschenrechtsverletzungen durch autoritäre Regierungen zu bestrafen(1).**

Der Kongress hat sich jedoch auf die Doppelmoral eingelassen, die Israel und seine Verbündeten seit Jahren propagieren. Für viele Abgeordnete in den USA ist es „antisemitisch“, ein israelisches Unternehmen wegen der Schädigung von Palästinenser:innen anzuprangern - doch wenn es die Rechte aller anderen verletzt, wird die Forderung nach Bestrafung plötzlich zu einer Frage der „Rechenschaftspflicht“.

Weltweit bekannt wurde die *NSO Group* durch seine Spionagesoftware *Pegasus*. Vom US-Handelsministerium wurde die Firma letzten Monat auf die schwarze Liste gesetzt und sie ist nun auch Gegenstand einer großen Klage von *Apple*, da es seine Nutzer und Geräte ins Visier genommen hat(2).

Unter der Leitung des Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats, Ron Wyden, und des Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses, Adam Schiff, forderten die Abgeordneten die Regierung dazu auf, sich auf den *Global Magnitsky Act*(3) zu berufen. Dieser ist ein Mechanismus, der es Washington ermöglicht, Vermögenswerte, Bankkonten und Reise-rechte von Behörden und Einzelpersonen einzufrieren, denen Menschenrechtsverletzungne vorgeworfen werden.

In dem Schreiben(4) heisst es, die vier Unternehmen seien „vom US-Finanzsystem und von in den USA ansässigen Investoren abhängig“. „Um sie wirksam zu bestrafen und ein klares Signal an die Überwachungstechnologiebranche zu senden, sollte die US-Regierung finanzielle Sanktionen verhängen“.

Dies ist zweifellos ein bedeutender politischer Schritt, doch die Ironie des Schreibens scheint einigen der Unterzeichner:innen entgangen zu sein. So waren Wyden und Schiff beispielsweise Mitbefürworter zweier paralleler Gesetzesentwürfe im Senat und im Repräsentantenhaus, die den Titel *Israel Anti-Boycott Act* tragen. Obwohl die Gesetzesentwürfe noch nicht in Kraft getreten sind, würden schwere Strafen drohen für alle, die Boykott, Desinvestitionen oder Sanktionen gegen die israelische Regierung, ihre Bürger:innen oder private Einrichtungen mit der Absicht betreiben, „politische Maßnahmen von Israel zu erzwingen oder ihm politische Positionen aufzuzwingen“. Indem sie gegen die *NSO* vorgehen, verstoßen Wyden und Schiff faktisch gegen ihre eigenen Vorgaben.

Die beiden Kongressabgeordneten würden vermutlich argumentieren, dass sie nur ausnahmsweise ein einziges Unternehmen innerhalb der israelischen Technologiebranche ins Auge fassen, was jedoch eine absurde Behauptung ist. Wie Sophia Goodfriend(5) und Marwa Fatafta(6), von +972mag.com aufgezeigt haben, ist die israelische Regierung eng mit dem expandierenden privaten Überwachungssektor des Landes verflochten.

Die Ausnahme, was die Gerechtigkeit gegenüber Palästina angeht ist zwangsläufig mit einer Ausnahme verbunden wenn es um die Rechtsfolgen für Israel geht und hat die Politik der USA seit Jahrzehnten beherrscht. Doch wie die NSO-Saga zeigt, beginnt diese verzerrte Logik zu bröckeln.

US-Gerichte heben Anti-Boycott-Gesetze als verfassungswidrig auf; Basisbewegungen stellen die Verlogenheit der Aushöhlung eines hoch geschätzten Bürgerrechts in Frage und den demokratischen Vertreter:in-nen gehen die Ausreden aus, um Israels Hinwendung zu Autoritarismus und Apartheid zu übersehen.

Trotz vieler Fehldeutungen konzentrieren sich die BDS-Leitlinien(7) darauf, Druck auf Institutionen auszuüben, die an der Verletzung der palästinensischen Menschenrechte und des Internationalen Rechts beteiligt sind - von Waffenherstellern, die Waffen verkaufen, bis hin zu Bauunternehmen, die in Siedlungen in der Westbank tätig sind. Ihre Taktik ist von ähnlichen Bewegungen inspiriert, die vom kolonialen Indien bis zu Südafrika während der Apartheid reichen, und ist in den USA ausdrücklich als freie Meinungsäußerung durch den ersten Verfassungszusatz geschützt.

Der Kongress hat sich jedoch auf die Doppelmoral eingelassen, die Israel und seine Verbündeten seit Jahren propagieren. Für viele Abgeordnete in den USA ist es „antisemitisch“, ein israelisches Unternehmen wegen der Schädigung von Palästinenser:innen anzuprangern - doch wenn es die Rechte aller anderen verletzt(8), wird die Forderung nach Bestrafung plötzlich zu einer Frage der „Rechenschaftspflicht“.

Diese Ausnahme, was die Gerechtigkeit gegenüber Palästina angeht ist zwangsläufig mit einer Ausnahme verbunden wenn es um die Rechtsfolgen für Israel geht und hat die Politik der USA seit Jahrzehnten beherrscht. Doch wie die NSO-Saga zeigt, beginnt diese verzerrte Logik zu bröckeln.

US-Gerichte heben Anti-Boycott-Gesetze als verfassungswidrig auf; Basisbewegungen stellen die Verlogenheit der Aushöhlung eines hoch geschätzten Bürgerrechts in Frage und den demokratischen Vertreter:innen

Zusätzlich zur Drehscheibe von Militäroffizieren, die als Mitarbeiter und Auftragnehmer in diesen Firmen eingestellt werden, ist das israelische Verteidigungsministerium verpflichtet, alle Operationen und Exporte dieser Unternehmen zu überprüfen und zu genehmigen. Das bedeutet, dass die Regierung jeden Dollar, jeden Code und jede Lieferung im Zusammenhang mit der Spionagesoftware von NSO kennt. Diese „unscharfe Grenze“, wie Goodfriend schreibt, macht es praktisch unmöglich, den Staat vom Unternehmen zu trennen.

Der Versuch von Abgeordneten, Druck auf ein Unternehmen wie NSO auszuüben, verdeutlicht die Scheinheiligkeit der Kampagne zur Dämonisierung und Kriminalisierung der von den Palästinensern angeführten BDS-Bewegung, die genau die Art von Maßnahmen fordert, die Wyden und Schiff gerade gefordert haben.

gehen die Ausreden aus, um Israels Hinwendung zu Autoritarismus und Apartheid zu übersehen. Trotz ihres Gehabes zeigt sich, dass Abgeordnete wie Wyden und Schiff BDS doch unterstützen.

*Amjad Iraqi ist Redakteur und Autor beim Magazin +972. Er ist außerdem politischer Analyst bei der Denkfabrik Al-Shabaka und war zuvor Advocacy-Koordinator beim Rechtszentrum Adalah. Er ist palästinensischer Staatsbürger in Israel und lebt in Haifa.*

Quelle: <https://www.972mag.com/edition/nso-congress-bds>

1. <https://www.reuters.com/world/us/exclusive-us-lawmakers-call-sanctions-against-israels-nso-other-spyware-firms-2021-12-15>
2. <https://www.commerce.gov/news/press-releases/2021/11/commerce-adds-nso-group-and-other-foreign-companies-entity-list>
3. <https://www.state.gov/global-magnitsky-act>
4. <https://www.wyden.senate.gov/imo/media/doc/Global%20Magnitsky%20Sanctions%20Letter%20to%20Sec.%20Yellen%20&%20Blinken.pdf>
5. <https://www.972mag.com/nso-surveillance-companies-israel-army>
6. <https://www.972mag.com/censorship-online-palestinians>
7. <https://bdsmovement.net>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de